



ABTTF-Präsident zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel



Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), war am 10. Dezember 2024 zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel, der Hauptstadt der Europäischen Union (EU).

Im Rahmen des Arbeitsbesuchs traf sich der Habip Oğlu in Begleitung von Deniz Servantie vom Brüsseler Büro der ABTTF mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) Loránt Vincze (EPP, Rumänien) von der ungarischen Minderheit in Rumänien, der gleichzeitig der Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) ist, Rasmus Andresen (Die Grünen/EFA, Deutschland) von der dänischen Minderheit in Deutschland und İlhan Küçük (Renew Europe, Bulgarien) von der türkischen Volksgruppe in Bulgarien sowie Davyth Hicks, Generalsekretär des Europäischen Netzwerks für Sprachengleichheit (ELEN)

Letzte Entwicklungen in Bezug auf die türkische Volksgruppe in West-Thrakien zur Sprache gebracht und mögliche Kooperationsthemen besprochen

Während der Treffen mit den Europaabgeordneten, die sich mit Minderheitenrechten und -themen befassen, wurde über die anhaltenden und aktuellen Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien sowie die neuesten Entwicklungen in der Region West-Thrakien und Griechenland berichtet.

Habip Oğlu wies darauf hin, dass die systematische Diskriminierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien in Griechenland anhält und vor, während und nach dem Europawahl im Juni 2024 ihren Höhepunkt erreicht hat, und fügte

INHALT

ABTTF-Präsident zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel
Seiten 1-2



ABTTF-Präsident zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel
Seite 2



Wann wird unser Staat ehrlich und gerecht?
Seite 3



Arbeitsbesuch von ABTTF in Straßburg
Seite 4



ABTTF nahm an der 17. Sitzung des UN-Forums für Minderheitenfragen in Genf teil
Seite 5



ABTTF reichte einen schriftlichen Beitrag zum Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025 der Europäischen Kommission ein
Seite 6



Schriftlicher Beitrag von ABTTF zum thematischen Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Minderheitenfragen
Seite 7



Griechenland steht auf der schwarzen Liste des Europäischen Parlaments was Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit betrifft
Seite 8



ECRI bewertet die Umsetzung ihrer Empfehlungen durch Griechenland
Seite 9



Griechenland liegt bei den Lebenshaltungskosten auf dem ersten, beim Schutz der Menschenrechte aber auf dem letzten Platz!
Seite 9



Vervesos, Präsident der Vereinigung der Anwaltskammern von Griechenland: Jüngste Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stellen eine große Warnung für Griechenland dar
Seite 10



Weiterhin verdreht unser Land Griechenland absichtlich die Tatsachen!
Seiten 10-11



Unser Land Griechenland hat die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien erneut geleugnet!
Seite 11



Rassistischer Angriff auf ein Kind in Komotini, das der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien angehört!
Seite 12



hinzu, dass beim Staatsrat und beim Obersten Gerichtshof Klagen mit der Forderung nach der Auflösung der Partei für Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEP-Partei) eingereicht wurden, die nach 2014 und 2019 bei der Europawahl 2024 in den Präfekturen Rodopi und Xanthi erneut die erste Partei mit den meisten Stimmen wurde.

Habip Oğlu sagte, dass die Eingriffe der griechischen Regierung in die Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die durch die Verträge garantiert sind, auch im Jahr 2024 anhielten, und fügte hinzu, dass im Schuljahr 2024–2025 vier weitere türkische Grundschulen geschlossen wurden und somit die Anzahl der türkischen Grundsc-



hulen mit autonomem Status von 188 im Jahr 2011 auf 86 sank. Habip Oğlu merkte auch an, dass die griechische Regierung die von den West-Thrakien-Türken gewählten Muftis weiterhin nicht anerkannt

Habip Oğlu wies ferner darauf hin, dass in unserem Land Griechenland die systematische Verletzung der Rechtsstaatlichkeit im Jahr 2024 weiter zunahm und betonte, dass das auffälligste Beispiel für diese Situation darin besteht, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) bezüglich der Vereine der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien trotz der Beschlüsse und aller Ermahnungen des Ministerkomitees des Europarats seit mehr als 16 Jahre immer noch nicht vollstreckt wurden.

ABTTF-Präsident zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel

Der Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), Halit Habip Oğlu, war am 18. Februar 2025 zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel, der Hauptstadt der Europäischen Union (EU).

Im Rahmen seines Arbeitsbesuchs traf sich Habip Oğlu, der von Deniz Servantie vom Brüsseler Büro der ABTTF begleitet wurde, mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) Iuliu Winkler (EPP, Rumänien) von der ungarischen Minderheit in Rumänien und İlhan Küçük (Renew Europe, Bulgarien), der den in Bulgarien lebenden Türken angehört.

[Aktuelle Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien sowie Rechtsverletzungen, denen sie ausgesetzt ist, zur Sprache gebracht](#)

Während der Treffen mit den Europaabgeordneten, die sich mit Minderheiten- und Menschenrechten befassen, hat Habip Oğlu über die aktuellen Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien sowie die wichtigen Ereignisse in letzter Zeit in der Region West-Thrakien und Griechenland berichtet.

Habip Oğlu unterstrich, dass die Europäische Kommission, das Europäische Par-



lament und die führenden internationalen Nichtregierungsorganisationen auf die systematische Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in Griechenland hinweisen und fügte hinzu, dass Griechenland trotz aller Ermahnungen und Aufforderungen des Ministerkomitees des Europarats die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere bezüglich der Vereine der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien seit 17 Jahren beharrlich nicht vollstreckt hat.

Habip Oğlu sagte, dass die türkisc-

he Volksgruppe in West-Thrakien in der Politik und den Mainstream-Medien in Griechenland Hassreden, Stigmatisierung und Ausgrenzung ausgesetzt ist, und die Abgeordneten und prominente Vertreter*Innen der türkischen Volksgruppe zur Zielscheibe gemacht werden.

Habip Oğlu informierte die Europaabgeordneten über die Probleme über den Zugang zu qualitativ hochwertiger Schulbildung, mit denen die Kinder der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien konfrontiert sind, und in diesem Zusammenhang auch das seit Jahren bestehende Gebäudeproblem der türkischen Sekundar- und Oberschule in Xanthi sowie die Forderung der türkischen Volksgruppe nach einem neuen Schulgebäude. Habip Oğlu erklärte, dass obwohl die türkische Volksgruppe Bildungsautonomie hat, die türkischen Grundschulen in West-Thrakien mit autonomem Status weiterhin vom Staat unter dem Vorwand von Schülermangel geschlossen werden, und fügte hinzu, dass infolgedessen die Zahl der türkischen Grundschulen von 188 im Jahr 2011 auf heute 86 gesunken ist.

Während der Treffen wurde auch über die möglichen gemeinsamen Aktivitäten beim Europäischen Parlament sowie die Themen für die künftige Zusammenarbeit ausgetauscht.

Wann wird unser Staat ehrlich und gerecht?

Liebe Leserinnen und Leser,

am 28. Februar 2023, dem zweiten Jahrestag des Zugunglücks von Tempí, bei dem 57 Menschen getötet und viele verletzt wurden, fanden im ganzen Land Massendemonstrationen statt, und viele Gewerkschaften traten in einen 24-stündigen Streik.

In mehr als 300 Städten im In- und Ausland gab es Demonstrationen. An der Demonstration in Athen, der Hauptstadt unseres Landes, nahmen 430.000 Menschen teil. Auch in den Städten Xanthi, Komotini und Alexandroupoli in unserer Region gab es Demonstrationen, und die Menschen gingen auf die Straße, um Gerechtigkeit zu fordern.

Warum waren alle auf der Straße? Weil 57 unschuldige Menschen bei dem tragischen Zugunglück ums Leben gekommen sind, das leider kein Unfall war, sondern ein durch grobe Fahrlässigkeit verursachter Mord.

Seit dem Tag des Unglücks hat sich die Regierung von der Wahrheit abgewandt, anstatt sich für die Aufdeckung der Wahrheit einzusetzen, verfolgte ihre eigene Agenda, als ob sie diese Katastrophe vertuschen wollte

So verhalten sich die Regierenden unseres Landes immer! Doch seit dem Zugunglück sind 2 Jahre vergangen, und die Menschen haben es nicht vergessen. Im ganzen Land gingen alle auf die Straße, damit es nicht vergessen wird!

Seit Jahren erleben, kennen und sehen wir als die türkische Volksgruppe in West-Thrakien diese gleichgültige und Tatsachen vertuschende Haltung der Regierenden unseres Landes.

Wann immer es ein Problem gibt, bemühen sich die Regierenden unseres Landes, ein falsches Bild daraus zu malen, dass alles perfekt ist, anstatt das Problem anzugehen. Das übertrifft alles!

Wann wird der Staat die notwendigen Schritte für die Sicherheit der im Lande lebenden Bürger*Innen unternehmen? Wann wird der Staat seine Bürger*Innen gleich-

behandeln und ihre Rechte schützen? Wann wird der Staat die verschiedenen Kulturen dieses Landes akzeptieren und die in unserem Land lebenden Minderheiten als Reichtum für dieses Land anerkennen?

In Xanthi, wo wir als die West-Thrakien-Türken fast die Hälfte der Bevölkerung stellen, gibt es 49 öffentliche Kindergärten, 39 öffentliche Grundschulen, 20 öffentliche Sekundarschulen und 9 öffentliche Gymnasien, aber wir haben nur 1 Sekundar- und Oberschule und keinen Kindergarten!

In Komotini ist das Bild ähnlich! Obwohl wir in der Präfektur Rodopi die Mehrheit der Bevölkerung stellen, nimmt die Zahl unserer Grundschulen von Tag zu Tag ab, und wir haben nur eine Sekundar- und Oberschule und keinen Kindergarten!

Die älteren und neuere EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Italien, Rumänien, Ungarn, Dänemark usw. stellen dagegen staatliche Mittel bereit, um die Sprachen, Religionen, Kulturen, Traditionen und Gebräuche ihrer Minderheiten zu schützen und ihnen Unterricht in ihrer Muttersprache zu ermöglichen. Diese Länder schützen ihre Minderheiten wie Juwelen.

Aber in unserem Land zieht es der Staat vor, uns zu leugnen, weil er denkt, dass er uns assimilieren kann, wenn er uns leugnet.

Es gab eine Zeit, da hatten wir auf Rhodos und Kos Schulen, in denen auf Türkisch unterrichtet wurde, Moscheen, in denen wir beteten, und auch Mufti-Ämter. Heute gibt es keine mehr! Und doch leben dort immer noch Türken!

Während seines Besuchs in unserem Mutterland Türkei im Februar 2025 traf sich Kyriakos Pierrakakis, Minister für Bildung, religiöse Angelegenheiten und Sport unseres Landes, mit den Leitern und Leiterinnen der Schulen der griechisch-orthodoxen Minderheit in Istanbul, hörte sich ihre Probleme im Bildungsbereich an und stellte als der Regierungsvertreter die Lösungsvorschläge seines Ministeriums vor. Außerdem kümmert sich unser Land um



die griechische Minderheit in Albanien und schützt ihre Rechte. Die Regierenden unseres Landes schützen die griechische Minderheit in Albanien und führen Gespräche mit Albanien über den Schutz und die Förderung ihrer Rechte.

Unser Mutterland tut dasselbe für unsere Volksgruppe, schützt uns, wie es sich gehört, und bringt unsere Probleme in den bilateralen Gesprächen natürlich auf die Tagesordnung.

Aber wenn unser Land dies für uns tut, reagieren die Regierenden unseres Landes negativ darauf! Wie nennt man das jetzt? Wann wird unser Land eine gerechte und egalitäre Politik verfolgen und uns gegenüber ehrlich und aufrichtig sein? Wann?

Liebe Freundinnen und Freunde,

bei dieser Gelegenheit wünsche ich der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien und der gesamten islamischen Welt einen segensreichen Ramadan! Möge die Barmherzigkeit und der Segen Allahs, des Allmächtigen, mit uns in diesem gesegneten Monat sein. Ich wünsche Ihnen einen Ramadan, in dem unsere Gebete erhört werden und unsere Herzen mit Frieden erfüllt sind.

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

Halit Habip Oğlu
ABTTF-Präsident

Arbeitsbesuch von ABTTF in Straßburg



Während der Treffen im Rahmen seines Arbeitsbesuchs in Straßburg brachte der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu die Nichtvollstreckung der Urteile des EGMR in Bezug auf die Fallgruppe Bekir-Ousta und andere durch Griechenland seit 17 Jahren sowie das Gebäudeproblem in der Sekundar- und Oberschule der türkischen Volksgruppe in Xanthi und die diesbezügliche Kompetenz-Verwirrung zur Sprache.

Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), war vom 29.-29. Januar 2025 am Rande der Winter-Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg.

Im Rahmen seines Arbeitsbesuchs traf sich der ABTTF-Präsident Habip Oğlu, der von K. Engin Soyulmaz, Hauptgeschäftsstellenleiter der ABTTF, begleitet wurde, mit Gerardo Giovagnoli, Vorsitzender der nationalen Delegation von San Marino und Iulian Bulai, Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), informierte die beiden PACE-Mitglieder über die aktuellen Probleme und Rechtsverletzungen, denen die türkische Volksgruppe in West-Thrakien ausgesetzt ist.

Habip Oğlu wies darauf hin, dass Griechen-



land die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in der Fallgruppe Bekir-Ousta bezüglich der Vereine der türkischen Volksgruppe West-Thrakien seit 17 Jahren beharrlich nicht vollstreckt hat, und fügte hinzu, dass Griechenland trotz aller Ermahnungen und Beschlüsse des Ministerkomitees des Europarats eine Strategie verfolgt, den Prozess der Vollstreckung der oben genannten Urteile hinauszuzögern.

Bei den Treffen berichtete Habip Oğlu auch

über das seit Jahren bestehende Gebäudeproblem der Sekundar- und Oberschule der türkischen Volksgruppe in Xanthi und informierte über die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kompetenz-Verwirrung, die durch die gegenseitige Ablehnung jeglicher Verantwortung durch die griechischen Behörden verursacht wurde, und wies auf die Probleme über den Zugang zu qualitativ hochwertiger Schulbildung, mit denen die Kinder der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien konfrontiert sind.

Habip Oğlu erklärte, dass die türkische Volksgruppe in West-Thrakien, deren Existenz und türkische Identität von Griechenland geleugnet wird, in der Politik und den Mainstream-Medien des Landes Hassreden und Ausgrenzung ausgesetzt ist, und ihre führenden Vertreter*Innen zur Zielscheibe gemacht und stigmatisiert werden.

Habip Oğlu sagte, dass Griechenland, das zu den alten Mitgliedern der Europäischen Union (EU) gehört und immer behauptet, die Wiege der Demokratie zu sein, auf die Minderheiten- und Menschenrechte Acht gibt, wenn es um die griechische Minderheit in Albanien geht, jedoch mit zweierlei Maß misst, wenn es um die Rechte der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien geht, deren Angehörige alle griechische Staatsbürger sind.

ABTTF nahm an der 17. Sitzung des UN-Forums für Minderheitenfragen in Genf teil

Bei der Sitzung zum Thema „Vertretung von Minderheiten im Bildungswesen“ brachten die Vertreter*Innen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien die Probleme im Bildungswesen, die große Auswirkungen auf die Zukunft der türkischen Volksgruppe haben, zur Sprache.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) nahm an der 17. Sitzung des Forums für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen (UN) teil, die vom 28. bis 29. November 2024 in Genf, der Schweiz stattfand hat. Bei der 17. Sitzung zum Thema „Vertretung der Minderheiten und Selbstvertretung in öffentlichen Räumen und Diskursen“ haben die ABTTF und die Vereinigung der Universitätsabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD) die türkische Volksgruppe in West-Thrakien vertreten.

Melek Kirmacı, ABTTF-Direktorin für internationale Angelegenheiten und Kerem Abdurahimoğlu, Mitglied von BTAYTD, brachten bei dem Forum, bei dem Vertretung von Minderheiten in öffentlichen Räumen, in der Bildung, in den Medien, einschließlich sozialer Medien sowie in den Bereichen Kunst und Kultur diskutiert wurden, die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien im Bildungswesen zur Sprache.

An der 17. Sitzung des Forums nahm auch Olivia Schubert, Vizepräsidentin der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) teil, deren Mitglieder die ABTTF und sie BTAYTD sind. In ihrer Rede bei der Sitzung zum Thema „Vertretung von Minderheiten in öffentlichen Räumen“ wies Schubert darauf hin, dass die FUEN als die größte Dachorganisation nationaler Minderheiten in Europa die Einrichtung eines Rechtsmechanismus oder ein globales Abkommen zum Schutz nationaler Minderheiten unterstützt und möchte, dass das UN-Forum für Minderheitenfragen ein ständiges Forum wird.

In seiner Rede am ersten Tag des Forums bei der Sitzung zum Thema „Vertretung von Minderheiten im Bildungswesen“ wies



die ABTTF darauf hin, dass Griechenland zu den Ländern mit der schlechtesten Bilanz in Bezug auf die Rechte nationaler Minderheiten in Europa gehört und weder das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) ratifiziert noch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen unterzeichnet hat. Die ABTTF sagte, dass der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien unter dem Vertrag von Lausanne von 1923 das Recht gewährt wurde, ihre eigenen Schulen zu gründen und zu verwalten, diese anerkannte Bildungsautonomie jedoch heute infolge staatlicher Eingriffe abgeschafft wurde, und brachte die Probleme auf verschiedenen Bildungsebenen zum Ausdruck.

Die ABTTF führt aus, dass die Kindergartenbildung im Griechenland obligatorisch ist, aber obwohl die türkische Volksgruppe in West-Thrakien 55 Prozent der Bevölkerung in Rodopi, 45 Prozent in Xanthi und 10 Prozent in Evros ausmacht, es keinen einzigen türkischen Kindergarten innerhalb

des türkischen Minderheitenschulsystems oder überhaupt vollständig private türkische Kindergärten in der Region gibt, da der Staat die Anträge diesbezüglich immer wieder ablehnt.

Die ABTTF machte auf den rapiden Rückgang der Zahl der türkischen Grundschulen in Region West-Thrakien aufmerksam und sagte, dass der Beschluss der Bildungsministeriums aus dem Jahr 2010, Schulen mit weniger als 9 Schülern zu schließen, trotz der Bildungsautonomie auch für die türkischen Schulen gilt und sich dieser als Instrument der systematischen Diskriminierung der türkischen Volksgruppe erwiesen hat. Die ABTTF fügte hinzu, dass während es im Jahr 2008 188 türkische Grundschulen gab, diese Zahl im Jahr 2024 auf 86 gesunken ist.

Die ABTTF sagte, dass im Hinblick auf die Schülerzahl, die Zahl der türkischen Sekundar- und Oberschulen in der Region unzureichend ist und erklärte, dass die zuständigen Behörden der Forderung der türkischen Volksgruppe nach einem neuen Schulgebäude aufgrund der steigenden Schülerzahl in der Sekundar- und Oberschule der türkischen Volksgruppe in Xanthi immer noch nicht nachgekommen sind. Bei der gleichen Sitzung griff die BTAYTD das Wort, und brachte die Probleme im Bildungswesen zum Ausdruck. Die BTAYTD erinnerte an das Problem des Doppelschichtunterrichts an der genannten Schule sowie an den Prozess, der zu den Protestaktionen geführt hatte, und sagte, dass das Doppelschichtunterrichtssystem infolge der Protestaktionen beendet wurde, die Forderung nach einem neuen Schulgebäude jedoch trotz der an die Regierungsbehörden gesandten Briefe bis jetzt nicht erfüllt wurde.

In ihren Reden forderten die Vertreter*Innen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien die Wiederherstellung der Bildungsautonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien und riefen Griechenland auf, die Forderungen der türkischen Volksgruppe bei der Lösung der Probleme im Bildungswesen dringend zu berücksichtigen.

ABTTF reichte einen schriftlichen Beitrag zum Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025 der Europäischen Kommission ein



European Commission

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) reichte bei der Europäischen Kommission ihren schriftlichen Beitrag zum Bericht über Rechtsstaatlichkeit 2025 ein. Die ABTTF, die an der von der Europäischen Kommission für den Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025 eingeleiteten Online-Konsultation für zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Interessenvertreter in den EU-Mitgliedstaaten teilnahm, legte die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien und die Menschenrechtsverletzungen dar, denen sie ausgesetzt ist, um einen Beitrag zum Länderbericht über Griechenland zu leisten.

In ihrem schriftlichen Beitrag betonte die ABTTF, dass Griechenland die Existenz der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien und ihre türkische Identität leugnet, und fügte hinzu, dass es die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere seit 17 Jahren beharrlich nicht vollstreckt hat und dadurch die Vereinigungsfreiheit der türkischen Volksgruppe weiterhin verletzt.

Die ABTTF stellte fest, dass das Zivilgericht erster Instanz von Rodopi am 28. Mai 2024 entschied, dass der im Jahr 2022 in Komotini unter dem Namen „Fenerbahçe Kultur- und Sportverein von West-Thrakien“ gegründeten Fanverein aufgelöst und seine amtliche Eintragung aufgehoben wird, und wies darauf hin, dass die Auflösung des ge-

nannten Vereins, der nicht in Widerspruch mit den Bestimmungen seiner Satzung gehandelt hat, ein neues Beispiel für die Usurpation der Rechte und Freiheiten der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien durch den Staat darstellt.

Die ABTTF erklärte, dass obwohl der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien unter dem Vertrag von Lausanne von 1923 Bildungsautonomie gewährt wurde, die Zahl der türkischen Grundschulen mit autonomem Status in der Region im Laufe der Jahre zurückgegangen ist, da jedes Jahr eine türkische Grundschule nach der anderen geschlossen wurde, und fügte hinzu, dass im Schuljahr 2024–2025 vier weitere türkische Grundschulen geschlossen wurden, und die Zahl der türkischen Grundschulen von 188 im Jahr 2011 auf heute 86 sank.

Die ABTTF unterstrich, dass es in der Region West-Thrakien trotz der Forderung der türkischen Volksgruppe keinen zweisprachigen türkischen Minderheitenkindergarten gibt, und fügte hinzu, dass obwohl das bestehende Gebäude der Sekundar- und Oberschule der türkischen Volksgruppe in Xanthi nicht ausreicht, die griechischen Behörden die Forderung der türkischen Volksgruppe nach einem neuen Schulgebäude ignorieren und gegenseitig die jegliche Verantwortung ablehnen.

Die ABTTF führte weiter auf, dass die Abgeordneten und führenden Vertreter*Innen der

türkischen Volksgruppe in West-Thrakien in den griechischen Mainstream-Medien schweren Hassreden ausgesetzt sind, und erklärte, dass die türkischen Abgeordnete zum Sündenbock gemacht werden, nur weil sie an den Veranstaltungen türkischer Organisationen in West-Thrakien teilnehmen oder sich im Parlament für den Schutz der Rechte der türkischen Volksgruppe einsetzen. Zudem werden grundlose und diffamierende Nachrichten über die Menschenrechtsverteidiger*Innen der türkischen Volksgruppe veröffentlicht, so die ABTTF.

Die ABTTF erinnerte daran, dass der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien gemäß den internationalen Verträgen religiöse Autonomie gewährt wurde, und stellte fest, dass Griechenland die religiöse Autonomie der türkischen Volksgruppe verletzt, indem es seit 1991 die Muftis oder stellvertretenden Muftis in West-Thrakien ernannt und die von der türkischen Volksgruppe gewählten Muftis nicht anerkennt. Die ABTTF stellte fest, dass trotz aller Einwände der türkischen Volksgruppe ihre religiöse Autonomie durch das im August 2022 vom griechischen Parlament verabschiedete „Gesetz zur Modernisierung der Mufti-Ämter“ weiter geschwächt wurde, das die Umwandlung der autonomen Mufti-Ämter in gewöhnliche öffentliche Ämter vorsieht, indem sie vollständig an das Ministerium für Bildung, religiöse Angelegenheiten und Sport angegliedert werden.

Schriftlicher Beitrag von ABTTF zum thematischen Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Minderheitenfragen

CALL FOR INPUT | SPECIAL PROCEDURES

Call for Inputs: What are Minority Issues?

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) reichte ihren schriftlichen Beitrag zum thematischen Bericht, der von Prof. Nicolas Levrat, dem Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen (UN), auf der 61. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates im März 2026 vorgelegt werden soll, ein.

In ihrem schriftlichen Beitrag erläuterte die ABTTF die Haltung gegenüber Minderheiten in Griechenland sowie die Probleme und Rechtsverletzungen, mit denen die türkische Volksgruppe in West-Thrakien konfrontiert ist.

Die ABTTF unterstrich, dass keiner nationalen oder ethnischen Gruppe in Griechenland ein offizieller Minderheitenstatus zuerkannt wird, und wies darauf hin, dass die ethnisch türkische Identität der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die offiziell als Minderheit anerkannt ist und deren Rechte durch den Lausanner Friedensvertrag von 1923 garantiert sind, von Griechenland gelehnt wird.

Die ABTTF erklärte, dass etwa 60.000 West-Thrakien Türken gemäß dem früheren Artikel 19 des griechischen Staatsbürgerschaftsgesetzes mit rassistischem Inhalt, der von 1955 bis 1998 in Kraft war, die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, und fügte hinzu, dass in Griechenland die Vereine mit dem Wort „Türkisch“ in ihren Namen aufgelöst wurden, und Griechenland die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Mens-



United Nations



UNITED NATIONS
HUMAN RIGHTS
OFFICE OF THE HIGH COMMISSIONER

What are human rights? ▾

Topics ▾

Countries ▾

Calls For Input

chenrechte (EGMR) in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere seit 17 Jahren immer noch nicht vollstreckt hat und somit die Vereinigungsfreiheit der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien weiterhin verletzt.

Die ABTTF wies darauf hin, dass Griechenland die durch den Lausanner Friedensvertrag von 1923 garantierte Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien durch verschiedene Gesetze und einseitige Praktiken an sich gerissen hat, und erklärte, dass die türkischen Grundschulen mit autonomem Status geschlossen und die von der türkischen Volksgruppe gewählten Muftis nicht anerkannt werden. Die ABTTF fügte hinzu, dass mit dem jüngsten Gesetz die Mufti-Ämter mit autonomem Status in gewöhnliche öffentliche Ämter umgewandelt wurden, die direkt dem Ministerium für Bildung, religiöse Angelegenheiten und Sport unterstehen.

Die ABTTF stellte fest, dass die Personen

und Vereine, die die türkische Volksgruppe in West-Thrakien vertreten, in der Politik und den griechischen Mainstream-Medien stigmatisiert werden und Hassreden ausgesetzt sind, und wies darauf hin, dass Hassreden in der Politik ein Teil der strukturellen und systematischen Diskriminierung der türkischen Volksgruppe in Griechenland sind und die türkische Volksgruppe in den Territorien, in denen sie seit Jahrhunderten lebt, als „andere“, „Fremde“ oder „nicht zugehörig“ wahrgenommen wird.

Die ABTTF wies darauf hin, dass die Nichtanerkennung und Assimilierung nationaler Minderheiten in Griechenland offizielle Staatspolitik ist und forderte Griechenland auf, die Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien wiederherzustellen und einen Konsultationsmechanismus unter breiter Beteiligung der Vertreter der türkischen Volksgruppe einzurichten, um die bestehenden Probleme zu lösen.

Griechenland steht auf der schwarzen Liste des Europäischen Parlaments was Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit betrifft

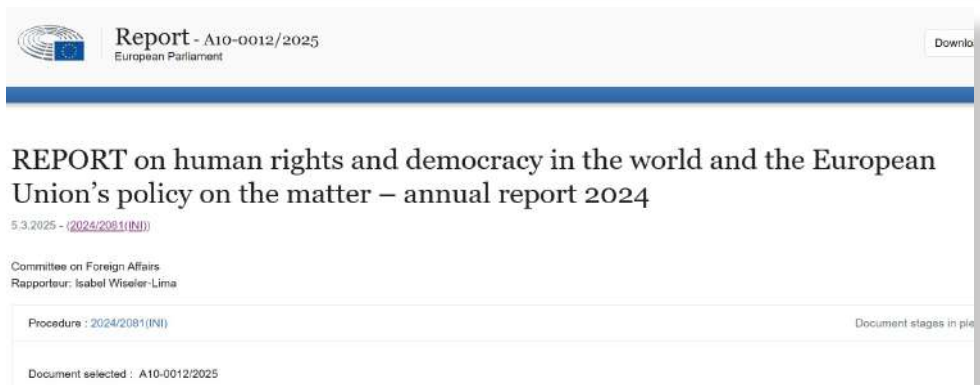
ABTTF-Präsident: „Seit Jahren erleben, kennen und sehen wir diese gleichgültige und Tatsachen vertuschende Haltung der Regierenden unseres Landes, wenn es um die Probleme unserer Volksgruppe geht. Unser Land, das die drei Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bezüglich der Vereine unserer Volksgruppe seit 17 Jahren trotz aller Ermahnungen des Ministerkomitees des Europarats immer noch nicht vollstreckt hat, missachtet weiterhin die Rechtsstaatlichkeit und das internationale Recht. Mit diesem jüngsten Bericht des Europäischen Parlamentes werden die schwerwiegenden Probleme im Hinblick auf Demokratie, Recht und Rechtsstaatlichkeit in unserem Land erneut deutlich“.

Griechenland wurde in den Jahresbericht 2024 des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (EP) über den Stand der Menschenrechte und der Demokratie in Nicht-EU-Ländern aufgenommen.

Kostas Arvanitis, Europaabgeordneter von SYRIZA, betonte, dass es eine sehr negative Entwicklung ist, dass Griechenland zusammen mit Ländern der Dritten Welt auf der Liste der Menschenrechtsverletzungen im EP-Bericht steht, weil der Mord an dem Journalisten Giorgos Karaivaz, der am 9. April 2021 ermordet wurde, nicht untersucht wurde, und stellte fest, dass diese Situation ein Indikator für das Versagen der derzeitigen Regierung in Bezug auf Menschenrechte ist.

Der Bericht des EP-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten mit dem Titel „Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2024“ wird auf der EP-Plenarsitzung am 11. März 2025 in Straßburg zur Abstimmung gestellt.

„Die Tatsache, dass das Europäische Parlament unser Land in seinen Jahresbericht über die Verletzung der Menschenrechte,



Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Nicht-EU-Ländern aufgenommen hat, ist eine ernste Warnung an die Regierung. Dieser jüngste EP-Bericht ist eine Demütigung für die Demokratie unseres Landes, dessen Ansehen auf der internationalen Ebene in den letzten Jahren aufgrund der Politik der Regierung gesunken ist. Erst letzte Woche gingen Tausende von Menschen im ganzen Land auf die Straße und protestierten am zweiten Jahrestag des Zugunglücks von Tempi, bei dem 57 Menschen ihr Leben verloren, gegen die Regierung. Wie im Falle der Ermordung des Journalisten Karaivaz hat die Regierung keine Schritte unternommen, um die Wahrheit über das Zugunglück von Tempi ans Licht zu bringen, sondern verfolgte ihre eigene Agenda, als ob sie die Wahrheit vertuschen wollte. So verhalten sich die Machthaber unseres Landes immer!

Seit Jahren erleben, kennen und sehen wir diese gleichgültige und Tatsachen vertuschende Haltung der Regierenden unseres Landes, wenn es um die Probleme unserer Volksgruppe geht. Unser Land, das die drei Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bezüglich der Vereine unserer Volksgruppe seit 17 Jahren trotz aller Ermahnungen des Ministerkomitees des Europarats immer noch nicht vollstreckt hat, missachtet weiterhin die Rechtsstaatlichkeit und das internationale Recht. Mit diesem jüngsten Bericht des Europäischen Parlamentes werden die schwerwiegenden Probleme im Hinblick auf Demokratie, Recht und Rechtsstaatlichkeit in unserem Land erneut deutlich“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluimages.com

ECRI bewertet die Umsetzung ihrer Empfehlungen durch Griechenland

Am 19. Februar 2025 veröffentlichte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats ihre Schlussfolgerungen darüber veröffentlicht, ob und wie Griechenland ihre vorrangigen Empfehlungen im September 2022 veröffentlichten 6. Länderbericht umgesetzt hat.

In ihren Schlussfolgerungen, die auf den Antworten der griechischen Regierung und Informationen aus anderen Quellen beruhen, erklärt die ECRI, dass sie die positiven Schritte Griechenlands anerkennt, weist aber darauf hin, dass ein Großteil der Rhetorik nicht in Taten umgesetzt wurde.

Die ECRI begrüßt die Bemühungen der griechischen Regierung zur Stärkung des griechischen Ombudsmanns, ihrer Gleichstellungsstelle, weist aber darauf hin, dass ihre



Empfehlung, Gesetze zu erlassen, die es dem Ombudsmann ermöglichen, als amicus curiae (Freund des Gerichts) in Gerichtsverfahren einzugreifen, indem er Informationen, Fachwissen oder Erkenntnisse zur Verfügung stellt, bisher nicht umgesetzt wurde.

Die ECRI erkennt die wichtigen Bemühungen und positiven Schritte im Hinblick auf die intersexuellen Personen an, stellt aber

fest, dass ihre diesbezügliche Empfehlung durch Griechenland nur teilweise umgesetzt wurde.

In ihrem 6. Länderbericht über Griechenland hatte die ECRI ihre Besorgnis über die anhaltenden Ungleichheiten und den Rassismus bei der Polizeiarbeit in dem Land ausgedrückt und festgestellt, dass Hassreden in dem Land manchmal von Politikern und sogar von Staatsbeamten geäußert werden.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hatte sich aktiv an der Vorbereitung des 6. ECRI-Länderberichts über Griechenland beteiligt und ihren schriftlichen Beitrag über Diskriminierung, Rassismus und Hassreden gegen die türkische Volksgruppe in West-Thrakien in Griechenland bei der ECRI eingereicht.

Griechenland liegt bei den Lebenshaltungskosten auf dem ersten, beim Schutz der Menschenrechte aber auf dem letzten Platz!

In einem Artikel auf der Nachrichten-Website agonaskritis.gr, der Griechenland und Portugal, zwei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) mit ähnlicher Größe, vergleicht, wird darauf hingewiesen, dass Griechenland im Gegensatz zu den Fortschritten in Portugal bei den Lebenshaltungskosten auf dem ersten und beim Schutz der Menschenrechte auf dem letzten Platz liegt.

In dem Nachrichtenartikel wird aufgeführt, dass jedes Thema, mit dem sich die derzeitige griechische Regierung befasst hat, in einer Katastrophe endet, die Bürger*Innen grundlos getötet werden, das Land diskreditiert und wegen Verstößen gegen das Völkerrecht verurteilt wird und die Bürger*Innen und Unternehmen höhere Stromrechnungen zahlen müssen, indem die Kosten auf die Verbraucher abgewälzt werden.

„Unser Land Griechenland wird in letzter Zeit von der internationalen Gemeinschaft wegen systematischer Verstöße gegen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit hart kritisiert. In einer Entschließung des



Europäischen Parlaments im Februar 2024 und im Bericht über Rechtsstaatlichkeit 2024 der Europäischen Kommission wird darauf hingewiesen, dass die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land ernsthaft bedroht ist. Nach den jüngsten Rechtsskandalen in unserem Land glaubt die überwiegende Mehrheit der Bürger*Innen, dass ihre Grundrechte und -freiheiten bedroht sind, und vertraut der Regierung in keiner Weise. Eines der deutlichsten Beispiele für die systematische Verletzung der Vereinigungsfreiheit, eines der grundlegendsten Menschenrechte, und die Missachtung des Völkerrechts durch unser Land sind zweifellos die Urteile des

Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Zusammenhang mit den Vereinigungen unserer Volksgruppe, die es seit fast 17 Jahren nicht vollstreckt hat. Daher rufen wir das Ministerkomitee des Europarats, das die Vollstreckung der endgültigen EGM-R-Urteile, erneut auf, unverzüglich ein Vertragsverletzungsverfahren gegen unser Land einzuleiten, das seinen Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention beharrlich nicht nachkommt“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com

Vervesos, Präsident der Vereinigung der Anwaltskammern von Griechenland: Jüngste Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stellen eine große Warnung für Griechenland dar

ABTTF-Präsident: „Wir rufen das Ministerkomitee des Europarats auf, unverzüglich und ohne weitere Verzögerung ein Vertragsverletzungsverfahren gegen unser Land, das seinen Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention beharrlich und vorsätzlich nicht nachkommt, einzuleiten. Tatsächlich bedeutet jeder verlorene Tag einen weiteren Schaden für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in unserem Land.“

Dimitris Vervesos, Präsident der Vereinigung der Anwaltskammern von Griechenland, wies darauf hin, dass die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) eine große Warnung für Griechenland darstellen. Vervesos erklärte, dass diese Urteile nicht nur die Probleme im griechischen Justizsystem offenlegen, sondern auch daran erinnern, dass der griechische Staat und die griechische Justiz mit der europäischen Rechtskultur unvereinbar sind.

Vervesos informierte den zuständigen Ausschuss des griechischen Parlaments und



wies darauf hin, dass den im Jahr 2023 veröffentlichten Daten zufolge in 969 der 1.082 Urteilen des EGMR in Bezug auf Griechenland Verstöße gegen Grundrechte festgestellt wurden, und fügte hinzu, dass der häufigste Verstoß die verspätete Urteilsverkündung durch die Gerichte ist, die das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren verletzt. Vervesos sagte außerdem, dass die Piloturteile des EGMR auch zeigen, dass es im Justizsystem des Landes ein ernstes strukturelles Problem gibt.

„Die Aussagen des Präsidenten der Vereinigung der Rechtsanwaltskammern unseres Landes, Vervesos, bestätigen erneut den Bankrott des Justizsystems, das in unserem Land in letzter Zeit stark politisiert wur-

de, sowie die systematische Verletzung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte. Die Vollstreckung der Urteile des EGMR ist der grundlegendste Indikator dafür, dass die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten des Europarats, zu denen auch unser Land gehört, geachtet wird. Jedoch missachtet unser Land, das die Urteile des EGMR in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere bezüglich der Vereine unserer Volkgruppe seit 17 Jahren nicht vollstreckt hat und auch nicht beabsichtigt, dies zu tun, die Rechtsstaatlichkeit und das Völkerrecht. Wir rufen das Ministerkomitee des Europarats auf, unverzüglich und ohne weitere Verzögerung ein Vertragsverletzungsverfahren gegen unser Land, das seinen Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention beharrlich und vorsätzlich nicht nachkommt, einzuleiten. Tatsächlich bedeutet jeder verlorene Tag einen weiteren Schaden für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in unserem Land“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com

Weiterhin verdreht unser Land Griechenland absichtlich die Tatsachen!

Das Außenministerium Griechenlands antwortete auf das Statement der Türkei zur Schließung türkischer Grundschulen in West-Thrakien.

In seiner Erklärung warf das Außenministerium der Türkei vor, die Wahrheit zu verdrehen, und behauptete, dass Griechenland sich weiterhin an den Vertrag von Lausanne hält. Das Außenministerium erklärte, dass der Grund für die Schließung der Minderheitenschulen in (West-) Thrakien ist, dass die Mindestschülerzahl von 9 nicht erreicht werden konnte und in der Region neben einigen Minderheitenschulen auch 24 öffentliche Schulen geschlossen wurden, und behauptete, dass diese Situation ein Hinweis darauf ist, dass die Schüler*Innen, sie der Minderheit



angehören, gleich und nicht diskriminierend behandelt werden.

„Das Außenministerium behauptet, dass unser Land alle Bestimmungen des Vertrags von Lausanne vollständig einhält, aber unsere Schulen mit autonomem Status, deren Verwaltung und Kontrolle gemäß dem Vertrag von Lausanne unserer Volksgruppe zusteht, werden unter dem Vorwand des Schülermangels geschlossen. Das ist ein großer Widerspruch. Darüber hinaus besuchte der Bildungsminister unseres Landes erst vor

kurzem die Schulen der griechisch-orthodoxen Minderheit in Istanbul, sich vor Ort die Probleme dieser Schulen angehört und die Lösungsvorschläge seines Ministeriums zu diesen speziellen Problemen vorgestellt. Es gab aber keine einzige negative Reaktion oder Stellungnahme aus unserem Vaterland zu diesem Besuch des Bildungsministers. Aber wenn unser Mutterland unsere Volksgruppe, die gemäß dem Vertrag von Lausanne das gleiche Schicksal wie die griechisch-orthodoxe Minderheit teilt, schützt und ihre Probleme zur Sprache bringt, empfindet

unser Land dies jedes Mal aus irgendeinem Grund als unbegründete, falsche Nachricht und Provokation. Als die türkische Volksgruppe in West-Thrakien fordern wir nur und ausschließlich die Wiederherstellung unserer Bildungsautonomie und der Bildungsrechte, die uns gemäß dem Vertrag von Lausanne zustehen. Nichts mehr und nichts weniger“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com

Unser Land Griechenland hat die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien erneut geleugnet!

ABTTF-Präsident: „Die regierende Partei Nea Dimokratia nominiert einen Angehörigen der griechischen Minderheit in Albanien, der sowohl albanischer als auch griechischer Staatsbürger ist, in ihrer eigenen Liste bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, und diese Person wird schließlich zum Europaausgeordneten gewählt, aber aus irgendeinem Grund stößt die Unterstützung unserer Volksgruppe durch unser Mutterland in unserem Land immer auf negative Reaktionen. Was unser Land tut, ist eindeutig eine Doppelmoral und steht im völligen Widerspruch zum Geist gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern.“

Pavlos Marinakis, Regierungssprecher Griechenlands, reagierte auf die Äußerungen des Außenministers der Türkischen Republik, Hakan Fidan, auf einer Pressekonferenz am 10. Januar 2025, der gesagt hatte, dass das Thema West-Thrakien auch in die Streitthemen zwischen den beiden Ländern einbezogen werden sollte.

Marinakis behauptete, dass diese „haltlose Anschuldigungen“ sind, und sagte, dass das einzige Streitthema mit der Türkei die Abgrenzung des Festlandssockels und entsprechende ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer ist.

In seiner Antwort auf die Frage eines Journalisten auf der Pressekonferenz in Istanbul mit den Vertreterinnen und Vertretern natio-



ner und internationaler Medienorganisationen hatte Fidan gesagt, dass die positiven Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland, insbesondere auf der Führungsebene, ein gutes Umfeld für die beiden Länder bieten, um die aus jüngster und ferner Vergangenheit stammenden Probleme besser zu lösen, und hinzugefügt, dass sie sich als

Türkiye auf das Problem in der Ägäis sowie die anderen relevanten Themen, wie auf die Themen in West-Thrakien konzentrieren.

„So wie sich unser Land um die griechische Minderheit im benachbarten Albanien kümmert und ihre Rechte schützt, kümmert sich auch unser Mutterland um unsere Volksgruppe und bemüht sich, unsere Probleme im Dialog mit unserem Land zu lösen. Darüber hinaus nominiert die regierende Partei Nea Dimokratia einen Angehörigen der griechischen Minderheit in Albanien, der sowohl albanischer als auch griechischer Staatsbürger ist, in ihrer eigenen Liste bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, und diese Person wird schließlich zum Europaausgeordneten gewählt, aber aus irgendeinem Grund stößt die Unterstützung unserer Volksgruppe durch unser Mutterland in unserem Land immer auf negative Reaktionen. Was unser Land tut, ist eindeutig eine Doppelmoral und steht im völligen Widerspruch zum Geist gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die Probleme können nur durch Gespräche und Dialog gelöst werden, und es gibt kein Problem, das nicht gelöst werden kann, solange der gute Wille da ist. Als die türkische Volksgruppe in West-Thrakien appellieren wir an unser Land, dass es endlich diesen guten Willen zeigt“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com



Rassistischer Angriff auf ein Kind in Komotini, das der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien angehört!

ABTTF-Präsident: „Wir verurteilen den rassistischen und niederträchtigen Angriff auf unseren wehrlosen kleinen Jungen in Komotini auf das Schärffste. Die zuständigen Behörden unseres Landes sollten dringend die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um solche rassistischen und hasserfüllten Angriffe zu verhindern, die dem Frieden und der Kultur des friedlichen Zusammenlebens in unserer Region schaden, und dürfen niemals zulassen, dass die rechtsextreme Ideologie in unserer Region Wurzel schlägt.“

In der griechischen Stadt Komotini löste ein Video, das zeigt, wie ein kleines Kind, das der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien angehört, von einer rassistischen Gruppe bedroht wird, landesweite Reaktionen aus.

In dem Video, das auch in der Presse erschien, ist zu sehen, wie eine rassistische Gruppe einen 10-jährigen Jungen, den sie in die Enge getrieben haben, zwingen, „Lang lebe Kasidiaris“ zu sagen, in Anspielung auf Ilias Kasidiaris, den ehemaligen Sprecher der Partei Goldene Morgenröte, die vom Gericht als kriminelle Organisation eingestuft wurde.

Anschließend schreien die Täter den kleinen



Jungen an, der ziemlich verängstigt zu sein scheint, und sagen ihm, er solle schnell von dort verschwinden.

Es wird darauf hingewiesen, dass das fragile Video vor zwei Monaten von einem Account namens „Nationalisten von Komotini“ auf Instagram gepostet wurde, aber es ist noch nicht genau bekannt, wann es aufgenommen wurde.

Im Jahr 2020 hatte das Berufungsgericht die rassistische Partei Goldene Morgenröte zur kriminellen Organisation erklärt und den Parteichef Nikos Michaloliakos sowie

die sechs Parteimitglieder, Ilias Kasidiaris, Giannis Lagos, Giorgios Germenis, Ilias Panagiotaros, Panagiotis Iliopoulos and Nikos Papas schuldig gesprochen, die kriminelle Organisation angeführt zu haben. Und achtzehn weitere Angeklagte waren für schuldig befunden worden, Mitglied der kriminellen Organisation gewesen zu sein.

„Wir verurteilen den rassistischen und niederträchtigen Angriff auf unseren wehrlosen kleinen Jungen in Komotini auf das Schärffste. Dieser Angriff zeigt deutlich, dass der Rassismus und die rassistischen Drohungen gegen unsere Volksgruppe in West-Thrakien trotz des Verbots der Goldenen Morgenröte weiterhin andauern und die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen nicht beendet sind. Die zuständigen Behörden unseres Landes sollten dringend die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um solche rassistischen und hasserfüllten Angriffe zu verhindern, die dem Frieden und der Kultur des friedlichen Zusammenlebens in unserer Region schaden, und dürfen niemals zulassen, dass die rechtsextreme Ideologie in unserer Region Wurzel schlägt“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.gundemgazetesi.com

ABTTF Newsletter

Der seit Mai 2005 herausgegebene ABTTF Newsletter erscheint in Türkisch, Griechisch, Englisch und Deutsch.

Der ABTTF Newsletter enthält die Themen, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien von großer Bedeutung sind, aktuelle Ereignisse in West-Thrakien und Griechenland, die Tätigkeiten und Lobbyarbeit von ABTTF auf internationaler Ebene sowie die Aktivitäten der ABTTF Mitgliedsvereine, und spielt eine bedeutende Rolle bei der Bekanntmachung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien.

Der ABTTF Newsletter wird per Post nach Hause geschickt und kann auch von unseren Mitgliedsvereinen bezogen werden.

Um den ABTTF Newsletter per Post zu erhalten und für weitere Informationen zum Newsletter:

www.abttf.org
+49 2302 913291

ABTTF

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τούρκων Δυτικής Θράκης
Fédération des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

ABTTF Hauptbüro

Wemerstr. 2, D-58454 Witten, Deutschland
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

ABTTF Brüsseler Büro

Square de Meeûs 38/40, B-1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Handy: +32 (0) 474 45 45 76

ABTTF Athener Büro

24 Lagoumitzi str., GR-17671 Athen, Griechenland
Tel.: +30 (0) 211 109 72 33 - Handy: +30 (0) 694 467 36 61

E-Mail: info@abttf.org - www.abttf.org

Redaktionsleiter: K. Engin Soyylmaz Editor: Nihan Ayan